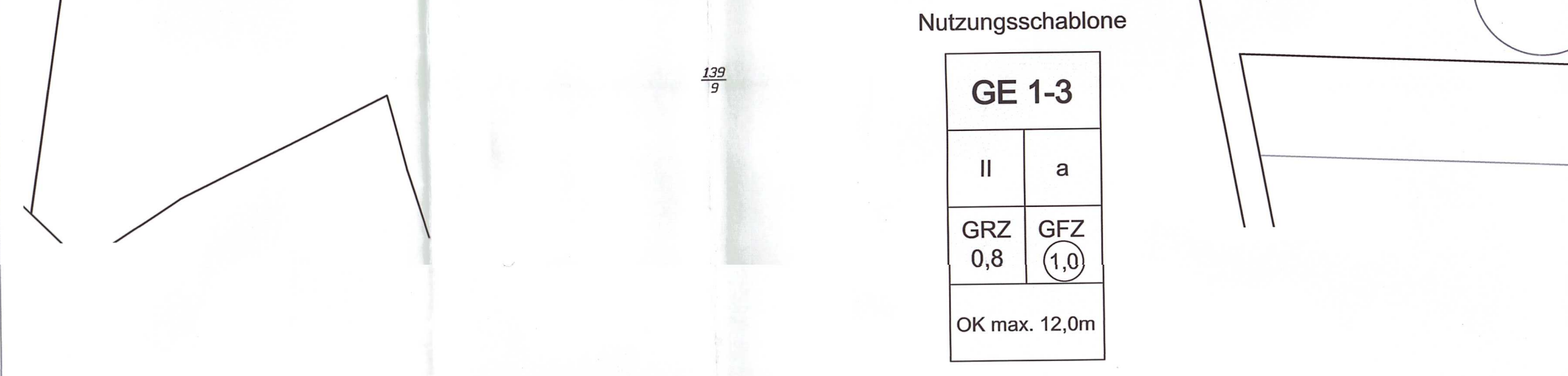


SATZUNG DER STADT GREVESMÜHLEN

über die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 22 Gewerbegebiet "Ton Weide" südlich des Grünen Weges

Teil A - Planzeichnung M 1:1000



Planzeichenerklärung

Es gilt die Planzeichenverordnung vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.5.2017 (BGBl. I S. 1057).

1. Festsetzungen
- Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 8 BauNVO)
- GE 1 Gewerbegebiete mit lfd. Numerierung
- Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 16, 18 - 20 BauNVO)
- 1,0 Geschossflächenzahl (GFZ), als Höchstmaß
- 0,6 Grundflächenzahl (GRZ), als Höchstmaß
- I Zahl der Vollgeschosse, als Höchstmaß
- OK Firsthöhe in m, als Höchstmaß
- Bauweise, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22, 23 BauNVO)
- a abweichende Bauweise
- Baugrenze
- Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen (§§ 5 Abs. 2 Nr.4 und Abs.4, § 9 Abs. 1 Nr.13 und Abs. 6 BauGB)
- Leitungen, unterirdisch
- Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
- Grünflächen
- Private Grünfläche
- Sonstige Planzeichen
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu Gunsten der Ver- und Entsorgung zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
- Umgrenzung der Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind (§ 9 Abs. 5 Nr.3 und Abs.6 BauGB)
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen (z.B. § 1 Abs. 4 § 16 Abs. 5 BauNVO)

2. Darstellungen ohne Normcharakter
- vorhandene bauliche Anlagen aus Vermessung
- vorhandene Flurstücksgrenzen
- Flurstücksnummern
- Bemaßung in m
- Gutachterlich bestimmter Sicherheitsabstand im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)
- Abgrenzung unterschiedlicher Lärmpegelbereiche
- Abgrenzung unterschiedlicher sonstiger Nutzung - Lärmpegelbereiche (z.B. III)
- Bäume künftig fortfallend
3. Nachrichtliche Übernahme
- Trinkwasserschutzzone III b

Präambel

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) sowie § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBAu M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVBl. M-V 2015, S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. April 2024 (GVBl. M-V S. 110) wird nach Beschlussfassung der Stadtvertretung der Stadt Grevesmühlen vom folgende Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 22 „Ton Weide“ südlich des Grünen Weges, begrenzt im Norden durch den Grünen Weg, im Osten durch Gewerbeflächen, im Süden durch die Bahnstrecke und im Westen durch Gewerbeflächen, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie folgende Satzung über die örtlichen Bauvorschriften erlassen:

Teil B - Text

Es gilt die Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. I Nr. 176).

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 1 Abs. 5 und § 8 BauNVO)
- 1.1 In den Gewerbegebieten GE 1 und GE 2 sind folgende Nutzungen allgemein zulässig:
- Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe,
- Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude,
- Tankstellen,
- Anlagen für sportliche Zwecke.
- 1.2 In den Gewerbegebieten GE 1 und GE 2 sind folgende Nutzungen ausnahmsweise zulässig:
- Wohnungen für Aufsicht- und Betriebspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumaße untergeordnet sind,
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke,
- Vergnügungsgelände.
- 1.3 Im Gewerbegebiet GE 3 sind folgende Nutzungen allgemein zulässig:
- Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe,
- Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude,
- Tankstellen.
- 1.4 Im Gewerbegebiet GE 3 sind gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO Anlagen für sportliche Zwecke nicht zulässig.
- 1.5 Im Gewerbegebiet GE 3 sind gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO alle ausnahmsweisen zulässigen Nutzungen nicht zulässig.
- 1.6 In den Gewerbegebieten GE 1, GE 2 und GE 3 sind gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO Anlagen zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus solarer Strahlungsenergie oder Windenergie im Sinne des § 8 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO nur ausnahmsweise zugelassen.
2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 16 Abs. 2, 18 Abs. 1, 19 Abs. 4 BauNVO)
- 2.1 Eine Überschreitung der in der Planzeichnung festgesetzten zulässigen Grundfläche durch Anlagen im Sinne des § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO ist gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 um bis zu 1,1 zulässig.
- 2.2 Als Bezugsgröße für die Festsetzung der Höhe oberer baulicher Anlagen gilt die mittlere Höhe des von der baulichen Anlage überdeckten Geländes.
- 2.3 Für technisch notwendige Dachaufbauten und für Anlagen zur Nutzung solarer Strahlungsenergie ist eine Überschreitung der zulässigen Höhe baulicher Anlagen bis höchstens 1,50 m zulässig.
- 2.4 Für Schornsteine ist eine Überschreitung der zulässigen Höhe baulicher Anlagen bis höchstens 3,00 m zulässig.
3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 Abs. 4 BauNVO)
- In der festgesetzten abweichenden Bauweise sind die seitlichen Grenzabstände der offenen Bauweise einzuhalten, Baulängen von mehr als 50 m sind zulässig.
4. Planungen, Nutzungsregelungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sowie Anpflanzen und Erhalten von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen. (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 a BauGB)
- 4.1 Bei den Erdarbeiten anfallender, unbelasteter Bodenaushub ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und an Ort und Stelle wieder zu verwerten oder einer Wiederverwertung zuzuführen.
- 4.2 Notwendige Gehölzrodungen sowie Schnittmaßnahmen an vorhandenen Gehölzen sind im Zeitraum von 01. Oktober bis zum 28./29. Februar (außerhalb der Brutzeiten) durchzuführen. Darüber hinaus sind spezielle artenschutzrechtliche Belange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG zu beachten (Bäume besiedelnde Vogel-, Insekten- und Fledermausarten).
- 4.3 Bis auf die sechs fortpflanzenden Bäume im Zentrum des Geltungsbereiches sind sämtliche vorhandenen Bäume innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplans zu erhalten, zu pflegen und bei Abgang arbeitsmäßig zu ersetzen.
- 4.4 Zur Vermeidung baubedingter Störungen von nachtaktiven, lärm- und störungsempfindlichen Tieren (v.a. Fledermäusen) sind die Baulichtzeiten auf den Tagzeitraum (6-22 Uhr) zu beschränken.
- 4.5 Sollte Gebäudebrisse erfolgen, ist vor dem Abriss fachgutachterlich zu prüfen, ob diese Individuen geschützter Arten oder deren Fortpflanzungs- oder Ruhestätten bergen. Sollte dies der Fall sein, ist die weitere Verfahrensweise im Rahmen der Abriss-/Baugenehmigung mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.
- 4.6 Auf den nicht versiegelten Flächen des Gewerbegebietes sind insgesamt 11 standortgerechte heimische Laubbäume mit der Mindestqualität (Hochstamm, 16-18 cm Umfang auf 2,0 m, 3x verpflanzt) anzupflanzen.
5. Bauliche und sonstige technische Vorkehrungen zum Schutz für schädlichen Umwelteinwirkungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB und § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauNVO)

Innerhalb des festgesetzten Gewerbegebietes sind Vorhaben (Betriebe und Anlagen) zulässig, deren Geräusche die in der nachfolgenden Tabelle jeweils angegebenen Emissionskontingente LEK nach DIN 45691:2006-12 „Geräuschkontingenterung“, Dezember 2006“, weder tags (6.00 bis 22.00 Uhr) noch nachts (22.00 bis 06.00 Uhr) überschreiten.

Flächenbezeichnung	Flächengröße in m²	Leq, tags dB(A)/m²	Leq, nachts dB(A)/m²
GE 1	2.424	60	45
GE 2	29.744	65	50
GE 3	3.076	65	50

6. Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 86 LBAu M-V)
- 6.1 Verordnungen
- Im Gewerbegebiet sind Anlagen der Außenwerbung nur innerhalb der durch Baugrenzen festgesetzten überbaubaren Flächen an der Stätte der Leistung und nur bis zu einer Höhe von maximal 4,50 m zulässig. Ausgenommen davon ist jeweils ein Werbetafelträger, der im Bereich bis zu 20 m vor dem Einmündungsbereich vom Grünen Weg auf das Gewerbegebiet zur besseren Orientierung im Gebiet aufgestellt wird.
- 6.2 Ordnungswidrigkeiten
- Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen diese nach § 86 LBAu M-V erlassene Satzung über die örtlichen Bauvorschriften verstößt, handelt rechtswidrig im Sinne des § 84 LBAu M-V. Verstöße können mit Bußgeld von bis zu 500.000 € geahndet werden.

Hinweise ohne Normcharakter

Die in der Satzung genannten Gesetze und Richtlinien können im Bauamt der Stadt Grevesmühlen, Rathausplatz 1, 23936 Grevesmühlen, während der Öffnungszeiten eingesehen werden.

Hinweis Nr. 1: Artenschutz nach Bundesrecht

Auf die Anwendung der unmittelbar geltenden artenschutzrechtlichen Regelungen des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. 1 S. 2542) in der jeweils geltenden Fassung. Insbesondere auf die Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten nach §§ 44 ff., und der Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung - BArtSchV) vom 16.02.2005 (BGBl. 1 S. 258 [896]) wird hingewiesen.

Hinweis Nr. 2: Baumschutz

Eine Beseitigung nach § 18 bzw. § 19 NatSchAG M-V gesetzlich geschützter Bäume sowie alle Handlungen, die zu ihrer Zerstörung, Beschädigung oder erheblichen Beeinträchtigung führen können, sind verboten. Zulässig bleiben fachgerechte Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben oder Sachen von bedeutendem Wert. Eine Fällung von nach § 18 NatSchAG M-V geschützten Bäumen bedarf grundsätzlich einer Ausnahme genehmigung der uNB. Innerhalb der Wurzelschutzbereiche (Kronentraufbereich zzgl. 1,5 m) sind alle Handlungen untersagt, die zu ihrer Zerstörung, Beschädigung oder erheblichen Beeinträchtigung führen können. Pflegeschritte sind zulässig und zur Einhaltung der Verbleibenspflicht fachgerecht auszuführen. Innerhalb der festgesetzten Wurzelschutzbereiche sind die Errichtung von baulichen Anlagen sowie Aufschüttungen und Abgrabungen unzulässig.

Hinweis Nr. 3: Bodendenkmale

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind im Geltungsbereich des Bebauungsplanes keine Bau- und Bodendenkmale bekannt. Wer während der Baumaßnahmen Sachen, Sachgesamtheiten oder Teile von Sachen (Funde) entdeckt, von denen anzunehmen ist, dass an ihrer Erhaltung gemäß § 2 Abs. 1 des DStG M-V ein öffentliches Interesse besteht, hat dies unverzüglich anzuzeigen. Anzeigepflicht besteht für den Entdecker, den Leiter der Arbeiten, den Grundeigentümer, zufälligen Zeugen, die den Wert des Gegenstandes erkennen. Die Anzeige hat gegenüber der unteren Denkmalbehörde zu erfolgen. Sie leitet die Anzeige unverzüglich an die Denkmalbehörde weiter. Der Fund und die Fundstelle sind in unverändertem Zustand zu erhalten. Die Verpflichtung erlischt fünf Werktage nach Zugang der Anzeige, bei schriftlicher Anzeige spätestens nach einer Woche. Die untere Denkmalbehörde kann die Frist im Rahmen des Zumutbaren verlängern, wenn die sachgerechte Untersuchung oder die Bergung des Denkmals dies erfordert – vgl. § 11 Abs. 1, 2, 3 DStG M-V.

Hinweis Nr. 4: Bodenschutz

Bei allen Maßnahmen ist Vorsorge zu treffen, dass schädliche Bodeneinträge, welche eine Verschmutzung, unnötige Vermischung oder Veränderungen des Bodens, Verlust von Oberboden, Verdichtung oder Erosion hervorrufen können, vermieden werden.

Hinweis Nr. 5: Gründungstechnische Hinweise aus Baugrundgutachten

Für das Gebiet des Bebauungsplanes wurde ein Gutachten über Baugrund- und Gründungsverhältnisse erstellt. Innerhalb des Geltungsbereiches sind auch gründungstechnische Schlussfolgerungen enthalten. Auszugsweise wird hier dargestellt, dass es auf der Aufschüttungsschicht aus Betonbruch und Sand möglich ist, eingeschossige Gebäude zu errichten. Für weitergehende Ausführungen und Darlegungen siehe das entsprechende Gutachten, das durch den Ingenieur für Baugrund, Jürgen Buchheim, erstellt worden ist.

Hinweis Nr. 6: Vorhandener Leitungsbestand

Unmittelbar am befestigten Fahrbahnrand des Grünen Weges, südlich desselben, befinden sich Leitungen. In Berücksichtigung des Verlaufs vorhandener Leitungen hat die Stadt Grevesmühlen einen Mindestabstand von 10 m zwischen Baugrenze und südlichem befestigten Fahrbahnrand festgelegt. Zusätzlich sind Flächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten gekennzeichnet.

Hinweis Nr. 7: Genehmigungspflichtige Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

Im Planungsbereich und seiner Immissionschutz-/abfallrelevanten Umgebung befinden sich Anlagen, die nach dem BImSchG genehmigt sind und sich in Betrieb befinden (hier: Biogasanlage südlich der Bahngleise). Die Biogasanlage ist eine Störfallanlage, deren gutachterlich bestimmter Sicherheitsabstand von 60 m ab der Grundstücksgrenze in die zu überplanende Fläche hineinreicht. Folglich ist bei der Planung zu beachten, dass sich innerhalb des Sicherheitsabstandes keine benachbarten Schutzobjekte im Sinne des § 3 Abs. 5d BImSchG ausnahmsweise ansiedeln.

Hinweis Nr. 8: Artenschutz

Zum Schutz der Population von (streng) geschützten Arten dürfen gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG offensichtliche Quartiersplätze (z.B. Altbäume sowie Nischen, Spalten und Böden in Gebäuden, Erdkeller) nicht zur Fortpflanzungszeit vom 01.03. bis 30.09. für Baumaßnahmen beansprucht werden. Die untere Naturschutzbehörde kann hiervon im Einzelfall auf Antrag Ausnahmen zulassen, wenn ihr gegenüber zuvor gutachterlich nachgewiesen wird, dass mit der Beseitigung des abzureißenden Gebäudes/ des zu fallenden Altbau keine Vernichtung von Tieren besonders geschützter Arten oder deren Fortpflanzungsstätten verbunden ist.

Zum Schutz der Reptilien und Amphibien ist bei Erdarbeiten darauf zu achten, dass steile Böschungen vermieden werden bzw. die Gräben und Gruben schnellstmöglich zu verschließen sind und vorher eventuell hereingefallene Tiere aus den Gräben zu entfernen sind.

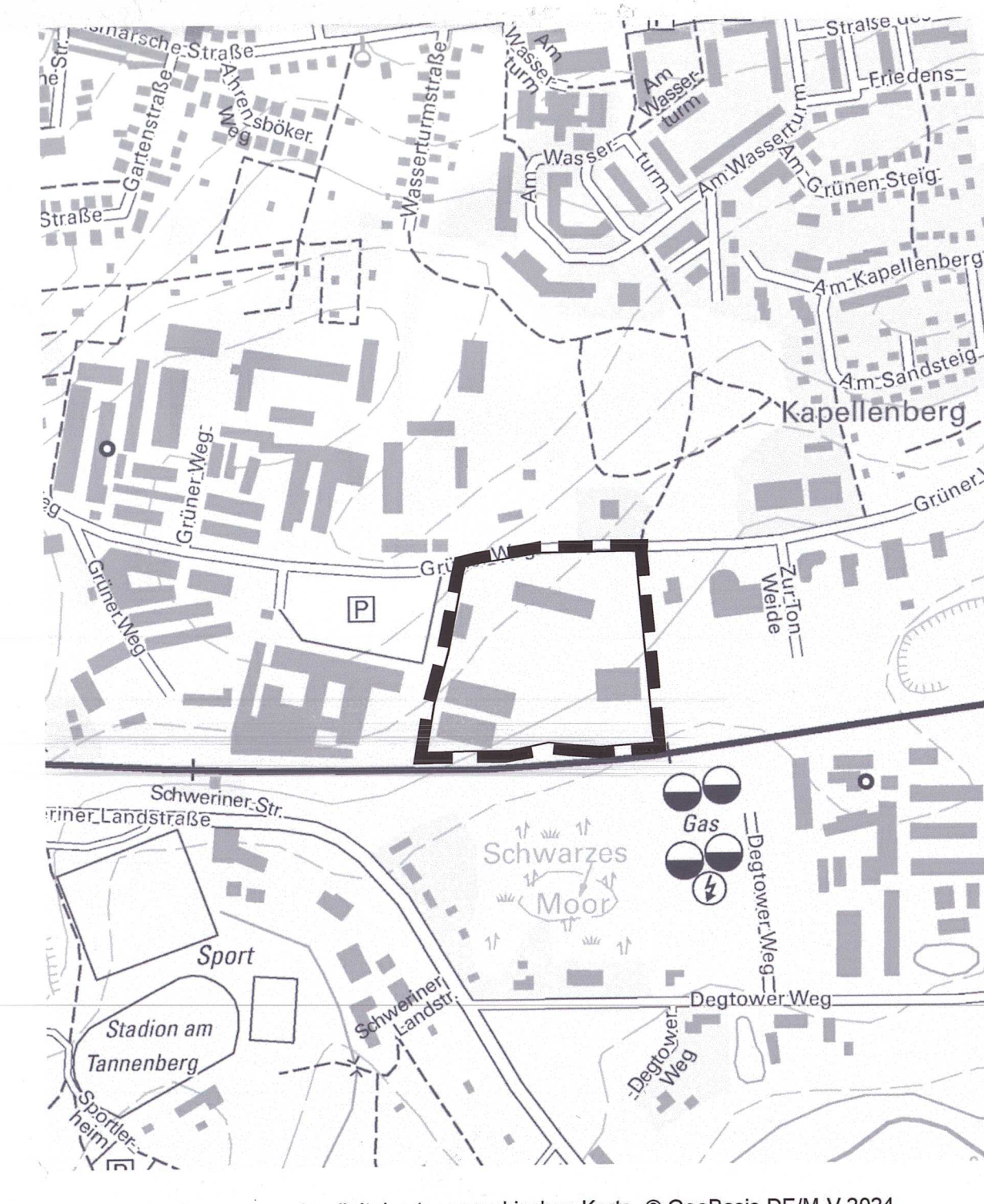
Entsprechend § 18 Abs. 1 NatSchAG M-V sind Bäume mit einem Stammumfang von mindestens 100 cm, gemessen in einer Höhe von 1,30 m über dem Erdboden, gesetzlich geschützt. Jegliche Beeinträchtigungen im Wurzelbereich (Kronentraufe + 1,50 m) gesetzlich geschützter Bäume sind unzulässig. Es ist die DIN 18920 „Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ anzuwenden.

Die Fällung der Bäume ist im Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 28./29. Februar – außerhalb der Brutzeit – durchzuführen. Innerhalb der Gebiete können dennoch Quartiere einheimischer Vögel oder Fledermäuse befinden. Daher ist unmittelbar vor den Arbeiten fachgutachterlich nachzuweisen, dass Quartiere besonders geschützter Arten nicht betroffen sind, um die Fällung innerhalb dieses Zeitraums durchführen zu können.

Gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 3 BNatSchG ist es verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören, wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören, so wie Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.

Verfahrensvermerke

- (1) Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Stadtvertretung vom 26. März 2024 sowie des. Die ortsübliche Bekanntmachung der Aufstellungsbeschlüsse ist durch ortsübliche Veröffentlichung erfolgt.
- Grevesmühlen, den 16.10.25 (Siegel) Der Bürgermeister
- (2) Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 17 Landesplanungsgesetz (LPlG) mit Schreiben vom 02.09.25 beauftragt worden.
- Grevesmühlen, den 16.10.25 (Siegel) Der Bürgermeister
- (3) Die Stadtvertretung hat am 02.09.25 den Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 22 mit Begründung einschließlich der örtlichen Bauvorschriften genehmigt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.
- Grevesmühlen, den 16.10.25 (Siegel) Der Bürgermeister
- (4) Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 02.09.25 über die öffentliche Auslegung informiert und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
- Grevesmühlen, den 16.10.25 (Siegel) Der Bürgermeister
- (5) Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 22, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), die Begründung dazu sowie der Entwurf der örtlichen Bauvorschriften haben in der Zeit vom 11.10.25 bis zum 22.10.25 während der Dienststunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder mündlich Niederschrift vorgebracht werden können, durch Veröffentlichung in der Ostseezeitung vom 02.09.25 im Internet unter www.grevesmuehlen-elbe.de/news/öffentliche-bekanntmachungen bekanntgemacht worden. Ebenfalls wurde darauf hingewiesen, welche umweltrelevanten Informationen zur Verfügung stehen und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben könne.
- Grevesmühlen, den 16.10.25 (Siegel) Der Bürgermeister
- (6) Der katastermäßige Bestand innerhalb des Plangebietes am 09.09.25 wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der isographischen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstab 1:1000 vorliegt. Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.
- Grevesmühlen, den 09.09.2025 (Siegel) öffentlich bestellter Vermesser Rehna
- (7) Die Stadtvertretung hat die vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der berührten Träger öffentlicher Belange am 02.09.25 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.
- Grevesmühlen, den 16.10.25 (Siegel) Der Bürgermeister
- (8) Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 22, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie die örtlichen Bauvorschriften wurden am 02.09.25 von der Stadtvertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 22 wurde erstellt.
- Grevesmühlen, den 16.10.25 (Siegel) Der Bürgermeister
- (9) Die Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 22, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Bauvorschriften werden hiermit am 16.10.25 ausgefertigt.
- Grevesmühlen, den 16.10.25 (Siegel) Der Bürgermeister
- (10) Der Satzungsbeschluss sowie die Stelle, an der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann, über den ortsüblichen Auskunfts zu erhalten ist, ist am 02.09.25 in der Ostseezeitung sowie im Internet unter www.grevesmuehlen-elbe.de/bauportal/plaene_un_aufstellung und unter www.grevesmuehlen-elbe.de/news/öffentliche-bekanntmachungen veröffentlicht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 1 BauGB, § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung M-V) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 22 ist am 16.10.25 in Kraft getreten.
- Grevesmühlen, den 16.10.25 (Siegel) Der Bürgermeister



Auszug aus der digitalen topographischen Karte, © GeoBasis DE/M-V 2024

STADT GREVESMÜHLEN

Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 22 Gewerbegebiet „Ton Weide“ südlich des Grünen Weges

begrenzt im Norden durch den Grünen Weg, im Osten durch Gewerbeflächen, im Süden durch die Bahnstrecke und im Westen durch Gewerbeflächen

SATZUNGSBESCHLUSS

08.04.2025

Plangrundlagen:
Lage- und Höhenplan, Vermessungsbüro Apolony, Rehna, Stand: Mai 2024; Digitale topographische Karte, © GeoBasis DE/M-V 2024; eigene Erhebungen.

PLANUNGSBÜRO HUFMANN
STADTPLANUNG FÜR DEN NORDEN
Dipl. Ing. Martin Hufmann
Alter Holzshafen 8 • 23966 Wiemar
Tel. 03841 470640-0 • info@ph-wismar.de